

MAGDALENA NIEDZIELSKA (*Toruń*)

OPPOSITION ALS ELITE UND GEGEN-ELITE.  
DIE LIBERALE GRUPPIERUNG IN DER PROVINZ PREUßEN  
IN DER ERSTEN HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS  
(BIS ZUM JAHRE 1871)

**Schlüsselworte:** *Ostpreußen, liberale Opposition, deutsche soziale und politische Eliten*

Christian Jansen verwendete in seiner im Jahr 2000 herausgegebenen Arbeit über die Teilnahme der Gesandten zur Frankfurter Nationalversammlung am politischen Leben Deutschlands in den Jahren 1849–1867 den Terminus „Gegenelite“ für die Linken dieses deutschen Parlaments (sog. Paulslinken)<sup>1</sup>. Man kann also, diese Aussage abändernd, die Frage stellen, in welcher Hinsicht die Liberalen in der Provinz Preußen eine politische Elite darstellten oder eher diese Gegenelite – eine Elite der Verweigerung – und ob die Tatsache der Oppositionalität ein Element ist, dass die Zugehörigkeit zur eigentlichen Elite ausschließt? Sind die politischen und nationalen Eliten vollkommen identisch oder weisen sie nur, unter Anwendung der logischen Unterscheidung, einen gewissen gemeinsamen Bereich auf? Ein Teil der politischen Geschichte ist nicht nur die Politik der Machtausübenden, sondern auch die Alternative dazu und die damit verbundenen abweichenden Visionen. Darin ist auch eine politische Mentalität enthalten, die in einem solchen Falle für beide Seiten charakteristisch ist<sup>2</sup>. Man muss dem Postulat des genannten Autors zustimmen: „Eine moderne Politische Geschichte sollte die Instrumentarien und methodologischen Erkenntnisse, die die Sozial- und neuere Kulturgeschichte für den Mikrobereich des Lokalen, Individuellen und Alltäglichen entwickelt und erprobt hat, wieder auf die großen politischen Entscheidungen und Prozesse sowie auf die Führungseliten anwenden“<sup>3</sup>. Bisher wurden das Werden und die Entstehungsmechanismen der Eliten der liberalen Bewegung in der Provinz Preußen nicht eingehend untersucht. Es wurden weder ihre berufsmäßige Zusammen-

---

<sup>1</sup> Ch. Jansen, *Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849–1867*, Düsseldorf 2000, S. 21.

<sup>2</sup> Eine der wenigen Arbeiten darüber: A. Lees, *Revolution and Reflection. Intellectual Change in Germany during the 1850s*, Den Haag 1974.

<sup>3</sup> Vgl. Ch. Jansen, op.cit., S. 27.

setzung, Herkunft und Bildung untersucht, noch die Gruppen, die als eigentliche gesellschaftspolitische Führung galten, herausgesondert.

Im „Pro Memoria“ an den Innenminister zu Eulenburg vom Oktober 1876 schrieb der Regierungspräsident von Gumbinnen, von Westorp, über die politischen Methoden der Deutschen Fortschrittspartei in den vorangegangenen Jahren (es ist zu erwähnen, dass im Jahre 1873 die Fortschrittspartei in den Wahlen zum Preußischen Landtag in allen Wahlbezirken dieses Regierungsbezirkes siegte), „daß sie den Gewerbetreibenden und Handwerkern, welche gegen sie stimmen, die Arbeit und Brot entzieht und den Gutsbesitzern und Beamten der Gegenpartei den geselligen Umgang und selbst jeden Verkehr aufkündigt; dies berührt die davon Betroffenen um so schmerzlicher, als sie die herrschende Partei ist und namentlich in den – ich möchte sagen: »sogenannten« – gebildeten Schichten das bei Weitem überwiegende numerische Uebergewicht in sich schafft“<sup>4</sup>. Sie eroberte ein eigenes politisches Territorium „mit der wirtschaftlichen Sphäre, gründete fast in allen Kreisstädten Schulze-Delitzsch'schen Vorschuss- und Consum-Vereine und brachte an die Spitze der größeren landwirtschaftlichen Vereine hervorragende Männer ihrer Partei“. Er zog den Schluss: „Wer aber auf wirtschaftlichen und politischen Gebieten die Macht hat, dem fällt sie von selbst auf sozialem Boden zu“<sup>5</sup>.

Heinrich August Winkler betont die dominierende Rolle des ostpreußischen Zentrums in der liberalen Bewegung der Sechzigerjahre, indem er beispielsweise auf das mangelnde Interesse der oberen Mittelklasse am politischen Leben in der Rheinprovinz, im Gegensatz zum „aristokratischen“ Liberalismus der Ostpreußen<sup>6</sup> verweist. Winkler unterstreicht das Vorhandensein von ähnlichen Verhältnissen politischer und freihändlerischer Interessen in der Provinz zu dieser Zeit wie zur Zeit des Vormärz<sup>7</sup>. Er war der Meinung, dass es kein Zufall wäre, dass die erste Erklärung der unzufriedenen Landtagsabgeordneten aus der Fraktion Vincke mit der Sitzung der Geschäftsführung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft für die Provinz Preußen verbunden war<sup>8</sup>; dieses Phänomen hielt Winkler für ein besonderes Merkmal der preußischen Provinz: „Es mag ausdrücklich erwähnt werden, dass die vor allem durch die spezifische Interessenlage des ostpreußischen Grundbesitzes begründete starke Beteiligung des Adels an der liberalen Bewegung ein im wesentlichen auf die Ostprovinz beschränktes Phänomen blieb“. Nach Michael Gugel: „In Ostpreußen dominieren die für die dortige Wirtschaftsstruktur typi-

---

<sup>4</sup> Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (weiter zit. GStAPK), I. HA, Rep. 77, Tit. 867, Nr. 6, Bd. 5, S. 344.

<sup>5</sup> Ibid., S. 358.

<sup>6</sup> H. A. Winkler, *Preußischer Liberalismus und Deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der Deutschen Fortschrittspartei 1861–1866*, Tübingen 1964, S. 13–14: „und sie entsprachen nicht zufällig auch dem geringen Anteil, den die Rheinprovinz, einst das bourgeoise »Pendant« zum »aristokratischen« Liberalismus der Ostpreußen, an der liberalen Bewegung der 60er Jahre hatte“.

<sup>7</sup> H. A. Winkler, op.cit., S. 7–8.

<sup>8</sup> *Aufruf der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft für die Provinz Preußen*, Danziger Zeitung, 21. Juni 1860.

schen Vertreter von Handel und Landwirtschaft. Gutsbesitzer und Beamte stellen den Hauptanteil der liberalen Prominenz in den ländlichen Gebieten dar, während in den Städten die Repräsentanten von Handel und Handwerk – in Königsberg der Universität – hinzukommen<sup>9</sup>.

Rückhalt für die führenden Vertreter der adeligen Splittergruppe der liberalen Opposition war in den Jahren 1824–1848 vor allem der Provinziallandtag. Der Adelsliberalismus basierte auf dem vermögenden Teil der Landbesitzer in der Provinz. Magnus von Brünneck (Bellschwitz), der Güter im Kreis Rosenberg hatte, besaß über 2800 ha, Alfred von Auerswald (Plauthen) über 1000 ha, E. Sartorius von Schwanefeld (Sartowitz) über 2400 ha; Friedrich Gottlob von Hennig, der aus dem Bürgertum stammte, war der reichste Landbesitzer im Kreis Strasburg und besaß fast 1000 ha. Gustav von Below übernahm infolge seiner Eheschließung mit Gräfin Keyserling im Jahr 1820 deren Gut Rutzau im Kreis Neustadt in Westpreußen. Seine Besitzungen umfassten ca. 1360 ha.

Ein besonderer Fall unter den adeligen Liberalen war Friedrich Heinrich von Farenheid, der einer alten Patrizierfamilie aus Königsberg entstammte, die 1786 in den Adelsstand erhoben wurde. Die Güter von Farenheid bestanden in der ersten Hälfte des 19. Jh. aus zwei großen Komplexen: in Preußisch Litauen am Fluss Angerapp, einem Zufluss der Pregel, erstreckten sich seine Besitzungen über den Großteil der Gebiete des Kreises Darkehmen und umfassten 13 600 ha<sup>10</sup>. Der zweite Komplex im nordöstlichen Teil des Kreises Gerdauen umfasste knapp über 11 000 ha.

Die Familie von Hoverbeck wiederum gehörte zu den historisch bedeutenden Geschlechtern des Herzogtums Preußen. Der Nachkomme dieser Familie, der liberale Landrat Johann Ernst von Hoverbeck, war Besitzer von weitläufigen Gütern in Nickelsdorf im Kreis Allenstein, und erwarb 1845 für seinen Sohn Leopold von Hoverbeck, den späteren hervorragenden Vertreter der „junglitauischen“ Partei in den Sechziger Jahren, ein 300 ha großes Gut. Kleinere Güter besaßen die Brüder Saucken: Die Güter Ernst von Sauckens in Tarputschen in Preußisch Litauen umfassten etwa 630 ha, August von Saucken besaß in Julienfeld 510 ha.

Das beweist, dass der adelige Teil der liberalen Opposition zugleich die gesellschaftliche Elite der Provinz war. Es handelte sich also um bedeutende Agrarier, landwirtschaftliche Unternehmer sowie um Junker. In der liberalen Opposition waren auch andere Besitzer von Gütern aktiv, z.B. der Freund von Johann Jacoby Alexander Küntzel, der Besitzer der Güter Wolka bei Neidenburg, sowie zahlreiche Besitzer bürgerlicher Herkunft. Auch der Beamtenstand war stark vertreten, insbesondere die Landräte; für einen Teil des Adels war nämlich aufgrund der

---

<sup>9</sup> M. Gugel, *Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. Sozioökonomische Interessen und politische Ziele des liberalen Bürgertums in Preußen zur Zeit des Verfassungskonflikts 1857–1867*, Köln 1975, S. 62.

<sup>10</sup> K. Böhme, *Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse in Ostpreußen während der Reformzeit von 1770 bis 1830*, Leipzig 1902, S. 2.

Prinzipien der Vererbung von Rittergütern bzw. der folgenden Krise in der Landwirtschaft der Provinz der Dienst bei der Verwaltung neben dem Dienst in der Armee der einzige Weg, die gesellschaftliche Position zu erhalten (als Beispiel hierfür dienen Brüder Rudolf und Hans von Auerswald). Die Einstellung der adeligen Liberalen entbehrte zweifelsohne nicht eines gewissen Ethos, aber auch einer Distanz zu anderen Gruppen, was für diese Schicht typisch war, doch sowohl der Lebensstil als auch die Art und Weise der Wahrnehmung der Welt waren bereits von bürgerlichen Werten bestimmt. Es waren keine getrennten Strukturen mehr, sie durchdrangen einander bereits gegenseitig und waren in einem Geflecht politischer, vor allem aber auch wirtschaftlicher Interessen, miteinander verbunden. Im 19. Jh. erfüllten die in der Provinz tätigen Freimaurerlogen auf gesellschaftlicher Ebene eine integrative Funktion. Ihre Rolle bei der Verbreitung liberaler Ideen ist zwar sehr schwer nachzuvollziehen, nichtsdestoweniger ist die Mitgliedschaft bei den Freimaurern vieler aktiver ostpreußischer Liberaler erwähnenswert. Die Durchsicht der entsprechenden Mitgliedslisten der ausschließlich in Königsberg tätigen Logen zeigt hierfür enge persönliche Beziehungen.

Nach der Analyse der gesellschaftlichen Struktur der liberalen Opposition in Ostpreußen, insbesondere unter den adeligen Liberalen, zeigt sich auch deren familiär-gesellschaftlicher Charakter deutlich. Im Zentrum dieses Kreises stand Theodor von Schön. Seine Person verband gewissermaßen die liberalen Strukturen untereinander. Zu nennen sind hier vor allem die familiären Bande des Oberpräsidenten zu den Familien Auerswald (Rudolf und Alfred) und von Brünneck.

Die erste Frau von Schön war die Tochter von Hans Jakob von Auerswald und die Schwester von Alfred und Rudolf, mit denen von Schön bis zur Revolution 1848 politisch kooperierte, obwohl diese einer viel jüngeren Generation angehörten. Die Gattin von Alfred von Auerswald war Franziska Frey, Tochter des Verfassers der Städteordnung. Magnus von Brünneck war der Halbbruder der zweiten Frau von Schön Amalie von Langenau, die Schön im Jahr 1808 ehelichte. Der Sohn von Brünneck – Siegfried – ehelichte die Tochter von Schön, Johanna. Der zweite Schwiegersohn des Oberpräsidenten war der liberale Landrat Kurt von Bardeleben, der zuvor mit der Tochter von H. J. Auerswald verheiratet war. Die Brüder Ernst und August von Saucken wiederum waren mit den Schwestern von Gustaf von Below verheiratet. Schwager von Schön war Heinrich zu Dohna-Wundlacken.

Mit dem Kreis um den Oberpräsidenten waren auch manche Königsberger Liberalen verbunden: Johann Jacoby war wohl eine Zeitlang dessen Hausarzt; B. E. Abegg, in den Dreißigerjahren Landrat, dann Polizeipräsident in Königsberg, war für kurze Zeit Hauslehrer bei von Schöns. Der Bürgermeister von Elbing Johann Jakob Krause (1778–1852), Neffe von Professor Ch. J. Kraus, war auch mit von Schön eng befreundet<sup>11</sup>. Mit der Schwester von Abegg war J. F. Rogge aus Elbing verheiratet, C. F. Abramowski hatte die Schwester des Oberbürgermeisters

---

<sup>11</sup> G. Krause, *Beiträge zum Leben von Christian Jacob Kraus*, Altpreußische Monatsschrift, Bd. 18: 1881, S. 53–96.

A. Phillips zur Frau. Die Beispiele zeigen das Vorhandensein eines gewissen liberalen politischen Gefüges, das sich auch auf einer stabilen Basis gesellschaftlich-familiärer Natur gründete. Das eine ergab sich übrigens aus dem anderen. Vergleichbares ging auch auf der anderen, konservativen Seite der politischen Bühne vor sich<sup>12</sup>. Das Bild des salon-politischen Lebens wurde also stark von politischen und weltanschaulichen Optionen beeinflusst, und nicht durch Zugehörigkeit zu derselben gesellschaftlichen Schicht.

Die bürgerlichen Oppositionellen gehörten der jüngeren Generation an, sie waren Kinder des 19. Jh., meistens Vertreter der jungen Königsberger Intellektuellenkreise und des Kaufmannstandes. Im Vergleich zum bereits zuvor analysierten Kreis der adeligen Liberalen zeichneten sich die Intellektuellenkreise von Königsberg zwar durch ein höheres Bildungsniveau – zumeist eine abgeschlossene Hochschulbildung (doch auch viele Landbesitzer verfügten über eine solche) aus – gleichzeitig aber auch durch eher durchschnittliche, dafür aber relativ stabile Einkommen (mit der Ausnahme von Studenten und Literaten). Dies war mit Vollzeitbeschäftigung verbunden (an der Universität, an Gerichtsbehörden beziehungsweise auch an sog. höheren Schulen (Gymnasien, Realschulen)).

Die Einkommen dieser Gruppe ermöglichten ein verhältnismäßig stabiles Leben, beispielsweise hatte ein Lehrer wie Carl Lehrs oder der Redakteur der „Königsberger Zeitung“ Friedrich August Witt folgende Einkommen: ersterer 900 Taler, der zweite 710 Taler jährlich (1842), was es erlaubte, sie dem vermögenden Teil der bürgerlichen Gesellschaft zuzurechnen<sup>13</sup>.

Zu den herausragenden Vertretern des Königsberger Liberalismus zählten unter anderem Julius Leopold Sauter (1808 – bis ca. 1887), er war Direktor der höheren Mädchenschule; Ludwig Crelinger, er war ein vorzüglicher Jurist und 1847 Anwalt der Polen im Berliner Prozess; Karl Ludwig Heinrich (verstorben 1876) war Kaufmann, Stadtrat und in den Dreißiger- und Vierzigerjahren Landtagsabgeordneter; H. L. Voigt war Herausgeber und Buchhändler; Simon Meyerowitz (1797–1862), geboren in Litauen, konvertierte 1834 vom Judentum zum evangelischen Glaubensbekenntnis, war Stadtrat und einer der engsten Freunde von Jacoby (Jacoby selbst war ein anerkannter Arzt in Königsberg); Leopold Freundt arbeitete als Apotheker; Johann Friedrich Malinski (er verstarb im Jahr 1851) war in Königsberg Notar und gehörte den Freimaurern an. Unter den politischen Freunden des Liberalismus fanden sich auch Georg Wilhelm Wechsler, Prorektor der Königsberger „Burgschule“; Martin Otto Ballo (verstorben im Jahr 1863), Kaufmann und Tabakproduzent, Freimaurer; Gustav Dinter (1808–1876), Arzt,

---

<sup>12</sup> Dass die Auswahl von Gästen, die zu gesellschaftlichen Ereignissen eingeladen wurden, bereits auf der Grundlage der jeweiligen politischen Orientierung erfolgte, belegen die Tagebücher von Angelina zu Dohna vom 1840, wo eine „Auslese“ der Gäste dargestellt wird, die unter dezidiert politischen Vorzeichen ausgewählt wurden. So z.B. waren am 23. Februar Klinkowström, Eulenburg, Finck von Finckenstein, Dohna-Schlobitten (konservative Kreise) zu Gast, am 25. Februar Dönhoff, Below, Auerswald, Prof. Hagen (liberale Kreise), Universitätsbibliothek in Toruń, Rkp. 323, vol. I.

<sup>13</sup> GStAPK, I. HA., Rep. 76 VI, Sekt. II Z, Nr. 16, Vol. II.



Adoptivsohn des bekannten Pädagogen Gustav Friedrich Dinter; Robert Motherby (1808–?) Sohn des Arztes William Motherby; Karl Ludwig Bender, Lehrer am altstädtischen Gymnasium; Raphael Jakob Kosch (1803–1872) Arzt und führender Anhänger der Emanzipation der Juden in Preußen; Ludwig Walesrode (1810–1889), Sohn des jüdischen Musikers J. C. Cohen, seit 1837 unterrichtete er in Königsberg Englisch und befasste sich mit Publizistik; Malmros war Versicherungsagent. Andere führende Gestalten der Bewegung waren unter anderem: Cäsar Lengerke (1803–1855), Hebräist, Professor der Theologie an der Albertina, Rudolf Gottschall (1823–1909), Schriftsteller und Literaturhistoriker; Ferdinand Gregorovius (1821–1891), Schriftsteller; Julius Rupp (1809–1884), Theologe, Gründer der freien Glaubensgemeinde in Königsberg; Friedrich August Witt (geboren 1807), Lehrer am Knippauer Gymnasium, Redakteur der „Königsberger Zeitung“ und sein Bruder Karl Witt (1815–1891), Lehrer in Königsberg, Elbing und Gumbinnen; Wilhelm von Rüstow (1821–1878), Offizier; Wilhelm Christian Castell, Gymnasiallehrer; Ferdinand Falkson (1820–1900), Arzt und Dichter. Eine bedeutende Rolle spielten auch: Karl Reinhold Jachmann (geboren 1810), Sohn des Besitzers der größten Ostpreußischen Papierfabrik in Trutenau, Dozent der Theologie an der Universität, Mitarbeiter der „Königsberger Zeitung“, seit 1843 Landbesitzer; Alexander Küntzel (1804–1873), Jurist, Besitzer der Rittergüter Wolka bei Neidenburg; Alexander Jung (1794–1884), Schriftsteller und Publizist; Karl Friedrich Burdach (1776–1847), Professor der Medizin an der Albertina; Ernst August Hagen (1797–1880), Historiker ebenda; Carl Lehrs (1802–1878), klassischer Philologe, Lehrer am Friedrichs-Kollegium und seit 1845 Professor an der Königsberger Universität; Albert Dulk (1819–1884), Dramaturg und Publizist; Eduard Simson (1810–1899), Jurist, Professor an der Albertina; Otto von Keudell (1821–1903), Unterleutnant; Rudolf Wilhelm von Keudell (1808–1871), Jurist, Schriftsteller; Robert von Keudell (1821–1903); Christian August Lobeck (1781–1860), Professor für klassische Philologie an der Universität. In vielen Fällen entstanden die politischen Bande aufgrund von freundschaftlichen Kontakten aus der Gymnasial- bzw. Universitätszeit, denn die Mehrheit der Vertreter der bürgerlichen Opposition war mit Königsberg entweder durch Geburt oder von früher Jugend an verbunden. Aus der Zeit des Schulbesuchs am Friedrichs-Kollegium kannten sich Johann Jacoby (1805–1877, Abitur 1823) und Alexander Küntzel (Abitur 1824)<sup>14</sup>. Für Akademiker waren ein Studium sowie die dort aktiven Studenten, Korporationen und Burschenschaften an der Albertina besonders wichtig. Jakobi war während der Studienzeit Mitglied der Burschenschaft „Lithuania“, der auch Julius Mosel, Eduard Simson und Rudolf von Keudell angehörten<sup>15</sup>. Aus der Zeit der Zugehörigkeit zur Burschenschaft „Bohemia“ (Hochhemia) (aktiv in der Zeit von 1838–1847) kannten sich unter anderem Albert Dulk, Elbinger Liberaler

<sup>14</sup> [G.] Ellendt, *Lehrer und Abiturienten des Kgl. Friedrichs-Kollegium zu Königsberg Pr. 1698–1898*, Königsberg 1898, S. 14.

<sup>15</sup> *Johann Jacoby. Briefwechsel 1816–1849*, hrsg. von E. Silbner, Hannover 1974, S. 24.

Friedrich Kreyssig, Ludwig Friedländer und Rudolf von Gottschall<sup>16</sup>. In den Vierzigerjahren machte die Studentenbewegung in Königsberg jedoch einen kleinen Rechtsruck: die Landsmannschaften waren konservativ, die Burschenschaften waren freidenkerisch, aber nicht mehr demokratisch wie in den Dreißigerjahren<sup>17</sup>. Während der Studienzeit entstanden auch manchmal Bande, die die Professoren mit ihren Studenten verbanden, wie im Falle von K. F. Burdach und J. Jacoby.

Wenn man die adeligen und bürgerlichen Kreise der liberalen Opposition als getrennte gesellschaftliche Strukturen betrachtet, darf man jedoch nicht vergessen, dass sich die Elemente der beiden Welten in vielen Fällen überlagerten, insbesondere in jenen Gruppen der Adeligen, die bereits in der Verwaltung tätig waren. Die bereits vom Ende des 19. Jh. stammende, aber bezeichnende Äußerung Bernhard von Bülows aus seinen Tagebüchern zeigt den Einfluss des Staatsdienstes auf die Art und Weise der Weltsicht: „Wir alle kommen zum Amt als konservativ und nach zwei Jahren macht aus uns die Logik der Wirklichkeit zu Liberalen“<sup>18</sup>. Am deutlichsten war der Prozess der Annäherung an die bürgerlichen Kreise in der den liberalen Ansichten huldigenden und mit dem Beamtentum verbundenen Familie von Auerswald. Zu erinnern sei auch an die Folgen des durchaus hohen Anteils von dem Bürgertum entstammenden Personen unter den Besitzern der Rittergüter in der Provinz Preußen.

Früher, bereits in den Dreißigerjahren, entstand eine starke liberale Gruppierung in Elbing, die die vermögende und gebildete städtische Elite vereinte. Zu diesem Kreis sind vor allem die Mitunterzeichner der von Jakob von Riesen redigierten Denkschrift zu zählen, die an W. E. Albrecht in der Angelegenheit der Göttinger Sieben, der berühmten Gruppe Göttinger Professoren, die 1837 gegen die Aufhebung der Verfassung im Königreich Hannover protestierten und deshalb entlassen wurden, gerichtet war. Die Elbinger Adresse unterzeichneten: Jakob von Riesen; Friedrich Wilhelm Haertel, Kaufleute und Unternehmer; August Silber, Stadtrat Georg Wilhelm Haertel, der Eisenwarenhändler Johann Friedrich Rahn, W. Bartelt, der Arzt Samuel Berlach, der Kaufmann Lars Stub sowie John Prince-Smith. Die Gruppierung der Elbinger Liberalen hatte eine andere gesellschaftliche Struktur als in Königsberg. Sie umfasste hauptsächlich die politische und gesellschaftliche Elite der Stadt, dagegen in geringerem Maße Lehrerkreise bzw.

---

<sup>16</sup> F. Falkson, *Die liberale Bewegung in Königsberg (1840–1848)*. *Memoirenblätter*, Breslau 1888, S. 13. Über die Studentenverbindungen in Königsberg siehe auch: L. Biewer, *Studentisches Leben an der Universität Königsberg von der Wende zum 19. Jahrhundert bis zum Nationalsozialismus*, [in:] *Preussen als Hochschullandschaft im 19./20. Jahrhundert*, hrsg. von U. Arnold, Lüneburg 1992, S. 45–85.

<sup>17</sup> Staatsarchiv Danzig, Elbinger Handschriften, III/255, Nr. 947: A. Wiebe, „Lebens-Erinnerungen“, Bd. I, Information von 1844/1845.

<sup>18</sup> Zitat: L. W. Muncy, *The Junker in the Prussian Administration under William II, 1888–1914*, Providence 1944, S. 224. Maßstab für die politischen Haltungen der Vertreter der Verwaltung und Gerichtsbarkeit war die spätere Teilnahme an den Parteien im Rahmen des Frankfurter Nationalparlaments, z.B. in der Partei Casino befanden sich neben Dahlmann, Grimm, Waitz, Droysen auch der Landrat L. von Platen und der Präsident des Regierungsbezirkes Gumbinnen in den Jahren 1845–1851 Gustav von Saltzwedel (geboren 1808).

kleinbürgerliche Kreise<sup>19</sup>. Die Elbinger Liberalen vertraten in Preußen als einzige teilweise die großbürgerliche Elite. Es handelte sich für die in der Provinz herrschenden Verhältnisse durchaus um Großunternehmer, obwohl in Elbing nach 1810 eine systematische Abwanderung des Kapitals zu verzeichnen war. Allein in den Jahren 1810–1830 wanderten 87 Personen aus, die neben Landeigentum über ein Vermögen von 10 000 bis 600 000 Taler verfügten<sup>20</sup>. Es entstanden nicht viele neue Vermögen. Jakob von Riesen (1786–1864), Mennonit, später Calvinist, war Besitzer einer Brauerei, seit 1828 Besitzer einer Schifffahrts-Aktiengesellschaft; Ignaz Grünau war der größte Getreideexporteur; liberal waren die führenden Vertreter der Stadtbehörden Adolph Philips (1813–1877), Sohn eines englischen Kaufmanns, ab 1843 Oberbürgermeister; Oberbürgermeister Johann Lucas Haase (1778–1843); Apotheker Jacob Krause (1788–1852) seit 1842 Bürgermeister, Neffe des Königsberger Professors Ch. J. Kraus; Mitglieder des Staatsrates waren die Herausgeber George Wilhelm (1796–1869) und Friedrich Wilhelm Haertel (1795–1867) und der Elbinger Landrat Carl Friedrich Abramowski. Zu den Liberalen gehörte auch der Druckereibesitzer und Herausgeber der „Elbinger Anzeigen“ Johann August Albrecht (1796–1867); aus einer Elbinger Partrizierfamilie stammte Johann Friedrich Rogge (1793–1870), Besitzer einer Schiffsbaufirma und Weinhändler. Im 19. Jh. konnte auch die Familie Abegg, die zu Beginn des Jahrhunderts zu den reichsten in Elbing zählte, ihren gesellschaftlichen und sozialen Rang beibehalten. Ihr entstammte auch Bruno Eberhard Abegg, der Polizeipräsident in Königsberg war.

In den Elbinger Kreisen spielten die Verwandtschaftsverhältnisse eine bedeutende Rolle, dieser Kreis bestand im Prinzip fast ausnahmslos aus Menschen, die in der Stadt geboren wurden, nicht aus Zugezogenen; ein Teil der Unternehmer besaß auch Landbesitzungen. Dies war eine in sich geschlossene und energisch ihre Interessen verteidigende lokale Gesellschaft, wo sich der patrizische republikanische Geist und das Gefühl der Autonomie gegenüber dem Staat mit einem ausgezeichneten Verständnis der kapitalistischen bzw. marktwirtschaftlichen Regeln verknüpften.

Es ist hier nicht der Platz für eine gründliche Analyse der Rolle der Provinz Preußen in der politischen Bewegung im Vormärz, als diese Provinz oft euphemistisch als eine von zwei liberalen Flügeln der Hohenzollernmonarchie bezeichnet wurde. Dieser Problematik widmete Wolfgang Neugebauer seine tiefgründige Arbeit<sup>21</sup>. Zum Zeitpunkt der Märzrevolution hatte dieser Teil der Monarchie jedoch auf eine gewisse Art und Weise die Periode der größten politischen Aktivität

---

<sup>19</sup> W. Neugebauer, *Altstädtische Ordnung-Städteordnung-Landesopposition. Elbings Entwicklung in die Moderne im 18. und 19. Jahrhundert*, [in:] *Elbing 1237–1987. Beiträge zum Elbing-Kolloquium*, hrsg. von B. Jähnig, H. J. Schuck, Münster 1991, S. 243–280.

<sup>20</sup> A. Grünau, *Ignatz Grünau und George Grünau. Ein Beitrag zur Geschichte Elbings im neunzehnten Jahrhundert*, Elbing 1937, S. 308.

<sup>21</sup> W. Neugebauer, *Politischer Wandel im Osten: Ost- und Westpreußen von den alten Ständen zum Konstitutionalismus*, Stuttgart 1992.



hinter sich, die 1840 während des sog. Huldigungslandtags begonnen wurde. Die Zeit des Vormärz – und nicht die ersten Monate der Revolution – waren die Zeit der intensivsten politischen Aktivitäten bzw. der Teilnahme am politischen Leben (Böttchershöfchen, Bürgerverein). Diese eigentümliche Unterlassung war auch in beträchtlichem Maße mit dem Charakter und der Provenienz der oppositionellen Gruppierungen in der Provinz verbunden. Nur ein Teil davon gehörte der demokratischen bürgerlichen Opposition an, viele prominente Vertreter hingegen, was übrigens der liberalen Gruppierung in Ostpreußen im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands eigenständige Merkmale verlieh, entstammten dem Adelsstand. Die Mäßigung und ein relativ schwach ausgeprägter Radikalismus der politischen Aktion in der ersten „siegreichen“ Periode der Revolution konnte aber in den konservativen Kreisen Berlins die seit langem verwurzelte Überzeugung nicht tilgen, dass, ähnlich wie in den Vierzigerjahren die Provinz Preußen durch permanente, *de facto* „angeborene“, Oppositionalität gekennzeichnet ist. Es herrschte dort auch die Überzeugung, dass die Beamten in der Provinz von besonders liberaler politischer Orientierung wären. Es ist zu bedenken, dass trotz der Ablöse des Oberpräsidenten der Provinz durch Carl Wilhelm Bötticher im Jahr 1842 der überwiegende Teil des Beamtenstandes *de facto* noch vom vorangegangenen Oberpräsidenten Theodor von Schön ernannt wurde, der die Möglichkeiten seines Amtes vorzüglich zu nutzen wusste und die Struktur des Verwaltungsapparates auf Menschen stützte, die ähnliche Ansichten wie er selbst vertraten. Insbesondere die Wende 1848 und 1849 zeigt deutlich, dass ein beträchtlicher Teil der Bürokratie, auch auf der Ebene des Regierungsbezirkes, sich dessen nicht vollends bewusst war, dass die Revolution und der Liberalismus im Rückzug begriffen waren. Ein interessanteres Beispiel hierfür ist die Entscheidung der Behörde des Regierungsbezirkes Marienwerder, an deren Spitze Julius von Nordenflycht stand, sich am 18. November 1848 mit einem gegenüber der Regierung von Brandenburg ausgesprochenen Misstrauensvotum an den König zu wenden. Trotz Versuchen, den Konflikt mit Berlin beizulegen, wurde in Kürze fast das gesamte Personal des Regierungsbezirkes Marienwerder ausgetauscht. Ernste Bedenken Berlins erweckte auch die Haltung des Präsidenten des Regierungsbezirkes Gumbinnen und Salzwedel. In Königsberg selbst war der kommandierende General des I. Armeekorps Bernhard von Plehwe der einzige Rückhalt der Konservativen.

Der politische Konflikt verursachte nicht nur eine tiefe Kluft zwischen der Gesellschaft und Repräsentanten der Macht, er versetzte auch die Regierungsstrukturen in Unruhe. Die Disziplinierung der Beamenschaft umfasste auch zahlreiche Landräte, die sich noch vor der Revolution in der Provinz Preußen aktiv in der liberalen Bewegung engagiert haben. Dieser Prozess beschleunigte sich nach der Ernennung von F. A. Eichmann zum Oberpräsidenten im August 1850 deutlich. Die Analyse der Veränderungen in der Besetzung der Beamtenposten sowohl in Ost- als auch in Westpreußen zeigt einen grundlegenden Austausch der Beamten in der Zeit von 1851 bis 1852. In Westpreußen rückten politische Differenzen an-

gesichts der polnischen Frage in den Hintergrund, und die Haltung des Landrates spielte eine zu große Rolle, als dass sie nicht besetzt werden durfte. Dagegen wurden Beamten in beträchtlich größerem Maße in den beiden westpreußischen Regierungen ausgetauscht: in Marienwerder nach dem bereits erwähnten Misstrauensvotum gegen die Regierung Brandenburgs sowie auch in Danzig. In Danzig blieb zwar Robert von Blumenthal, der noch 1841 während der Regierungszeit von Schöns ernannt wurde, als Regierungspräsident im Amt, dagegen erfassten Veränderungen unter der rangniedrigeren Beamtenschaft in der Zeit vom Dezember 1848 bis Juli 1851 zwölf von insgesamt vierundzwanzig Personen. Zu ähnlichen Disziplinierungsprozesse kam es auch in großem Umfang unter Richtern und Lehrern.

Jede Macht von nichtdemokratischem Charakter misst auch dem Einfluss jener Symbole und Einstellungen große Bedeutung bei, die ihrer Meinung nach eine oppositionelle Gesinnung ausdrücken. Der Exekutiv- und Kontrollapparat (Armee, Polizei, Zensur) genügte nicht, die öffentliche Stimmung zu beruhigen. Der Konflikt zwischen „Wir“ und „Sie“, die Abneigung gegen jedwede, auch persönliche Kontakte, zum politischen Gegner zeigt uns ein an Kultusminister von Raumer gerichteter Bericht des Oberpräsidenten Eichmann über den Verlauf des Dienstjubiläums des Direktors des Königsberger Gymnasiums (Fridericianum) vom Oktober 1851: der Oberpräsident traf dort zufällig Johann Jacoby, der selbst Absolvent des Gymnasiums war; Eichmann klagte, dass es die Pflicht des Veranstalters sein sollte, „mir eine Anzeige zu machen, um mich nicht in die Lage zu bringen mit diesem Manne in demselben Saale zusammen zu sein“. Mit Bedauern nahm man sogar die Tatsache auf, dass manche aus dem Staatsdienst Entlassene anschließend Anstellung in Privatbanken und Versicherungsanstalten fanden.

Ernsthafte Probleme bereiteten den Behörden immer noch die Städte, in denen die Stadträte immer noch von den Liberalen beherrscht wurden. Noch im Jahr 1851 ist die Überzeugung der Behörden weiterhin aufrecht, dass sich die Eliten der größten Städte im politischen Gegensatz befänden – im Bericht vom März 1851 lesen wir über die politische Lage in Königsberg: „Nur die Beamten, von denen Mehrere selbst Mitglieder der radikalen städtischen Ressource waren, haben sich aus Furcht, ihre Posten zu verlieren, von dem öffentlichen demokratischen Treiben zurückgezogen, ohne dass ihre Gesinnungen eine Änderung erlitten hätten; Viele Beamte, der überwiegende Teil der Kaufleute, Fabrikanten und Handwerker, beinahe sämtliche Civilärzte und Rechtsanwälte, viele Professoren, beinahe alle Lehrer, die Literaten und die Juden gehören der Demokratie an“<sup>22</sup>. Im Stadtrat zählten zur oppositionellen Gruppierung 1853 40 bis 43 Stimmen bei 60 Sitzen. Gegen besonders „regierungsfeindliche“ Städte wurden besondere Maßnahmen eingeleitet: 1852 wurde Tilsit praktisch befriedet: „Es gehört in Tilsit, wie in Elbing, zur Mode, Demokrat zu sein, und hier wie dort werden die Anhänger der konser-

---

<sup>22</sup> GStAPK, I. HA, Rep. 92 Nachlass O. von Manteuffel, Tit. II, Nr. 161, S. 13.

vativen Partei als beschränkte Köpfe und feile Seele bezeichnet<sup>23</sup>, schrieb man im Januar 1852. Schwieriger war es jedoch, die Absetzung von Kommunalbeamten in Königsberg und vor allen Dingen in Elbing durchzusetzen bzw. zu erzwingen. Insbesondere in Elbing konnte sich in den Fünfzigerjahren in den Stadtbehörden jene politische Struktur halten, die mit der liberalen Strömung verbunden war. Zu unterstreichen ist dabei, dass diese Stadt bereits vor der Revolution Ort der in der Provinz schärfsten Zusammenstöße war – auch in Form von Straßenunruhen – zwischen der liberalen, die Macht ausübenden Stadelite, und den stark konservativen Schichten des Kleinbürgertums und der Arbeiter. Man berichtete im Januar 1852 über das gute Abschneiden der Liberalen bei den letzten Kommunalwahlen, was dadurch bedingt war, „dass dort die Einkommensteuer eingeführt ist, durch welche die kleinen Bürger, welche zum größten Theile konservativ sind, von den Wahlen ausgeschlossen werden“<sup>24</sup>. Die Behörden befanden sich in einem Zwiespalt zwischen den Bedürfnissen der Realpolitik und ihren Grundsätzen. Scharfe Meinungsverschiedenheiten vor dem politischen Hintergrund zwischen der politischen Elite und den Vertretern der niedrigen Schichten waren Teil eines viel umfassenderen Problems, nämlich der Rolle, die der Liberalismus in der Provinz Preußen bei der Erhaltung der traditionellen ständischen Struktur spielte.

Vom Standpunkt der Macht befanden sich die Konservativen im Regierungsbezirk Gumbinnen von vornherein auf verlorenem Posten, ohne Rückhalt in den gesellschaftlichen Eliten: „Die größeren Besitzer, die zu unserer Partei gehören, bleiben meistens bei den Wahlen zu Hause und schicken ihre Beamte in die Wahlversammlung. Ja, im Goldaper Wahlkreise haben sich einzelne unter ihnen nicht entblödet, ihre Kutscher und Diener zu Wahlmännern zu machen und in Livrée zum Wahlakte zu schicken“<sup>25</sup>.

In den Städten der preußischen Provinz erwies sich die neue demokratische Stadtordnung von 1853 als ein Element, die Möglichkeiten der liberalen Opposition einzuschränken, die sich auf die finanzkräftigen städtischen Eliten stützte. Das bisherige Standeswahlrecht für die städtische Selbstverwaltung räumte das aktive Wahlrecht de facto Bürgern mit einem Jahreseinkommen in der Höhe von 400 bis 500 Talern ein. Die Wahlordnung von 1853 erweiterte es auf Personen, die über ein beliebiges Grundstück verfügten, bzw. mindestens zwei Arbeitnehmer beschäftigten<sup>26</sup>. In Elbing wurde die Zahl der Wahlberechtigten auf diese Weise von 643 auf 1248 Personen verdoppelt; unter ihnen befanden sich beispielsweise Lohnarbeiter, Maurer und Fischer. Die Abstimmung nach proportionalem Wahlrecht – und nicht in Form von Wahlbezirken – was durch die Städteordnung von

---

<sup>23</sup> GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 504, Nr. 10, S. 2.

<sup>24</sup> GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 504, Nr. 9, S. 3.

<sup>25</sup> GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 867, Nr. 6, Bd. 5, S. 361–362.

<sup>26</sup> Auf diese Frage lenkt der Autor der genannten Denkschrift, *Eine Elbinger Denkschrift. Zur Charakteristik des gegenwärtigen Preuß. Ministeriums und seiner Organe*, Zürich 1858, S. 52–53 sein besonderes Augenmerk. Dieser 1858 herausgegebene Text trägt das Datum 15. Januar 1858.

1808 eingeführt wurde, spitzte die Teilungen noch zu, und verlieh der einen bzw. anderen Seite ein zahlenmäßiges Übergewicht

In den Augen der Konservativen machte die Tatsache allein, dass man in Opposition zur Macht, zum Herrscher und dem mit diesem identifiziertem Staat stand, einen Liberalen oder Demokraten zu einem Menschen, der jenseits der Kategorie eines ehrbaren Menschen stand. Die Veränderung der politischen Konstellation machte wiederum solche Haltungen und Handlungen unehrbar, die in der vergangenen Epoche vom Standpunkt der Macht als angemessen erschienen. In den Augen der Opposition übrigens wurde jede Vermutung irgendeiner Beziehung zum Machthaber als Verleumdung betrachtet. Während der Wahlversammlung am 9. November 1861 betrachtete einer der Landtagskandidaten, Braemer, ein bekannter Aktivist der Revolutionszeit von 1848, die Worte, die anlässlich der Versammlung des Wahlkomitees in Insterburg geäußert wurden, als Verleumdung:

„Braemer machte u.a. folgende persönliche Bemerkung: man habe ihm in der Sitzung der vereinigten Comites aus Insterburg und Gumbinnen nachgesagt, dass er im Jahr 1850 dem Preußenverein angehört habe; bei seiner politischen Haltung in der Kammer müsse er in dieser Beschuldigung eine schwere Verletzung seiner Ehre sehen; er habe nie auch nur eine Minute dem Preußenverein angehört und unter denjenigen, welche ihn seit Jahren gekannt und gewählt hätten, könnten nur Schwachköpfe eine solche Behauptung glauben und nur schamlose Lügner sie verbreiten“<sup>27</sup>.

Deutlich wird hingegen der Verzicht auf politische Betätigung seitens eines Teils der Liberalen aus Adelskreisen nach dem Jahr 1849 (im Provinziallandtag). Doch die Abschwächung der Aktivitäten der Grundbesitzer bedeutet jedoch bis in die Siebzigerjahre nicht die Aufgabe der liberalen Tradition. Dies bestätigen die nach dem nichtdemokratischen 3-Klassenrecht durchgeführten Wahlen zum preußischen Landtag, die den Besitzern die Möglichkeit des Einflusses auf die Bewohner ihrer Güter gaben. Bei diesen Wahlen wird die Provinz Preußen weiterhin hauptsächlich von Liberalen vertreten. Dagegen zeigen die geheimen Wahlen zum Reichstag das Ausmaß konservativer Einflüsse auf breite Wählerkreise. Die daraus hervorgegangene Provinzvertretung war von ausgesprochen konservativem Charakter. Paradoxerweise führte also die Demokratisierung des Wahlsystems nach der Vereinigung zu einer ausgeprägten Rechtswendung in der bisher traditionell liberalen Provinz Ostpreußen.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in den Jahren 1852 und 1855, die von den Vorkehrungen der Verwaltung dominiert waren, die Wahl oppositioneller Abgeordneter möglichst zu verhindern, ließen praktisch kaum eine Chance für eine offene politische Betätigung demokratischem und liberalen Charakters. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Provinz in der Tat über keine Organisationsstruktur der politischen Opposition verfügte. Der Hauptbeweis dafür ist die überraschend

---

<sup>27</sup> Königlich Privilegierte Berlinische Zeitung (Vossische Zeitung), Nr. 268 vom 15. Dezember 1861.



rasche – rascher als in anderen Teilen des Staates – Gründung von politischen Organisationsformen nach dem Antritt der Regentschaft durch Kaiser Wilhelm I. im Jahr 1858. Ich denke hier an die Rolle, die die Liberalen aus der Provinz Preußen bei der Gründung der ersten deutschen politischen Partei, der Deutschen Fortschrittspartei, gespielt haben. Die Hauptgründer stammten aus Ostpreußen. Dies zeugt jedoch davon, dass im Abstand von nur zwei Jahrzehnten die liberale und demokratische Opposition aus der Provinz Preußen die Schlüsselrolle im Prozess der Konstitutionalisierung Preußens spielte: sie stellten im Jahr 1840 auf dem Huldigungslandtag den Antrag auf eine Verfassung, den sie im Jahr 1860/1861 wiederholten, sie schufen das Modell einer modernen Parteistruktur, der ersten in Preußen, und sie verabschiedeten ihr politisches Programm.

Andreas Biefang bemerkt in seiner Studie *National-preußisch oder deutsch-national?*<sup>28</sup>, dass bislang nur wenig über die außerparlamentarische Organisationsstrukturen der Deutschen Fortschrittspartei bekannt ist: „Künftige Forschungen zur Fortschrittspartei sollten in zwei entgegengesetzte Richtungen voranschreiten: Zum einen gilt es, die Präsenz der Partei bzw. ihrer Parteigänger in den Kommunen zu erforschen: ihre Verflechtung mit lokalen Honoratiorenstrukturen, dem Vereinswesen, der Lokalpresse und ihre Beteiligung bei der Vorbereitung politischer Feste. [...] Dahinter steht letztlich die Frage, ob es in den Gemeinden wenigstens zeitweise so etwas wie ein fortschrittsliberales Milieu gegeben hat“<sup>29</sup>. Die Behörden informierten im Herbst 1861 Berlin über die politische Lage in der Provinz: „Die reactionnaire Partei ist im hiesigen (Gumbinnen) Regierungsbezirke so wenig zahlreich, und von so wenigen hervorragenden Persönlichkeiten vertreten, dass eine Wahl in deren Sinne hier in keinem Wahlbezirke stattfinden kann; die Partei des gemäßigten Fortschritts ist zwar nicht klein, aber wenig thätig, sie wird von der rührigen Partei Jung Litthauern ganz überflügelt“<sup>30</sup>. Man bediente sich auch der bereits bestehenden Organisationsstrukturen des Nationalvereins. Die Wahlen im Herbst 1861 brachten einen umfassenden Sieg der Fortschrittspartei. Von den 54 Abgeordneten der Provinz gehörten 43 dieser Gruppierung an. Gleichzeitig gehörten 48 Abgeordnete bereits dem Abgeordnetenhaus der vorhergehenden Legislaturperiode an; der höchste Prozentsatz von wiedergewählten Abgeordneten, die gleichzeitig fast ausnahmslos Fortschrittsabgeordnete waren, beweist auch deutlich die Stabilität der politischen Struktur der Liberalen in der Provinz.

Es ist an dieser Stelle die Frage zu stellen, in welchem Maße die spätere konservative, aber auch die nationalistische Wende mit dem Untergang der alten adeligen und postadeligen sowie großbürgerlichen gesellschaftlichen Eliten der Provinz verknüpft war – als Folge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisie-

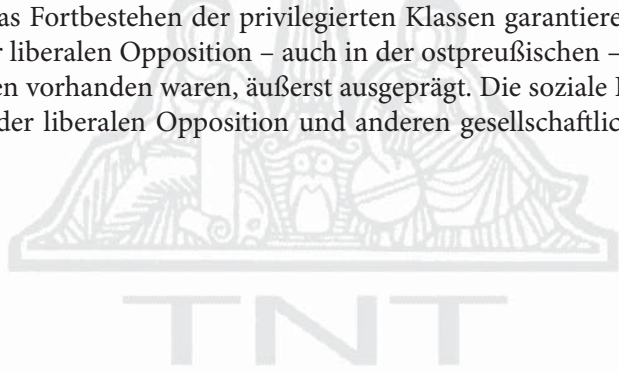
<sup>28</sup> A. Biefang, *National-preußisch oder deutsch-national? Die deutsche Fortschrittspartei in Preußen 1861–1867*, Geschichte und Gesellschaft, Bd. 3: 1997, S. 360–383.

<sup>29</sup> Vgl. A. Biefang, op.cit., S. 360.

<sup>30</sup> GStAPK, I.HA, Rep. 77, Tit. 867, Nr. 6, Adh. I, Bd. 1, S. 96.

rung, die sich in Preußen in der zweiten Hälfte des 19. Jh. vollzog – und in welchem Grade hingegen die relative Rückständigkeit der gesellschaftlichen Struktur der agrarisch geprägten preußischen Provinz diesen Teil der Monarchie vor der frühzeitigen Verschärfung des Nationalitätenkonfliktes bewahrte.

Wenn jedoch die Reformpläne der Ära Stein-Hardenberg aus dem eigentlichen Zentrum der Staatsmacht, aus den Reihen der höheren preußischen Bürokratie, hervorgegangen sind, so war die Schwäche des liberalen Entwurfes von der Wende der Fünfziger- und Sechzigerjahre, der sich auf jene gesellschaftlichen Schichten stützte, die im Grunde genommen seit jeher in gewisser Opposition zu den Institutionen des Staates standen, indem sie sich wirtschaftlich bzw. intellektuell betätigten. Einerseits verblieben sie – insbesondere die Schicht der Kaufleute und Industriellen – außerhalb der direkten Einwirkung des Staatsapparates, was in der Zeit der politischen Reaktion von sehr großer Bedeutung war, andererseits aber hatten sie auf den Staatsapparat einen geringen Einfluss. Mit dem Rechtsstaat wollte man die vorrevolutionären Ziele der Liberalen ersetzen: die Demokratisierung der Gesellschaft und die Ausweitung der persönlichen Freiheiten. Selbst die ehemaligen Demokraten aus der Revolutionszeit gaben das Postulat des allgemeinen Wahlrechts auf; auf diese Art und Weise zeigten sich die elitären, standesgemäßen und das Fortbestehen der privilegierten Klassen garantierenden Tendenzen, die in der liberalen Opposition – auch in der ostpreußischen – bereits in den Vierzigerjahren vorhanden waren, äußerst ausgeprägt. Die soziale Kluft zwischen den Führern der liberalen Opposition und anderen gesellschaftlichen Schichten vertiefte sich.



OPOZYCJA JAKO ELITA I KONTRELITA.  
UGRUPOWANIE LIBERALNE W PROWINCJI PRUSKIEJ  
W PIERWSZEJ POŁOWIE XIX W. (DO ROKU 1871)

Streszczenie

**Słowa kluczowe:** Prusy Wschodnie; opozycja liberalna; niemieckie elity społeczne i polityczne

Słabością projektu liberalnego przełomu lat pięćdziesiątych i sześćdziesiątych XIX w. było to, że jego głównym oparciem były w prowincji pruskiej te warstwy społeczne, które w gruncie rzeczy pozostawały zawsze w pewnej opozycji wobec instytucji państwa. Z jednej strony pozostawały one, głównie warstwa kupiecko-przemysłowa, poza bezpośrednim oddziaływaniem aparatu państwa, co w okresie reakcji politycznej miało olbrzymie znaczenie, ale z drugiej strony na sam aparat miały niewielki wpływ. Naturalny rozwój społeczny, przynoszący powstanie nowej struktury klasowej, rysował także nowe napięcia na tym tle; wzrastała odległość społeczna pomiędzy liderami obozu opozycji liberalnej a innymi warstwami społecznymi. Napięcia te były widoczne także w prowincji pruskiej; opozycja różnych celów politycznych ujawniała się w odmiennej stratyfikacji społecznej nurtów konserwatywnego i liberalnego. Dyferencjacji politycznej towarzyszył także dystans przestrzenny; środowiska polityczne niechętnie mieszały się z sobą w tych samych miejscach, a jeśli to tolerowały, to z trudem. Można sądzić, że w oczach konserwatystów sam fakt bycia w opozycji wobec władzy, monarchy i utożsamianego z nim państwa stawał liberała czy demokratę poza kategorią ludzi honoru. Zmiana konstelacji politycznej czyniła z kolei niehonorowymi postawy i działania, w poprzedniej epoce uchodzące z punktu widzenia władzy za właściwe. W oczach opozycji zresztą każde przypuszczenie o jakichkolwiek związkach z obozem władzy było traktowane jako pomówienie.

Umasowienie życia politycznego, jakie było związane już po zjednoczeniu Rzeszy z nową ordynacją wyborczą do Reichstagu, oznaczało kres programu liberalnego w tej wersji, jaka wyrosła z opozycyjności elit politycznych dawnego porządku społecznego i przetrwała poprzez okres reakcji politycznej po rewolucji 1848 r. aż po lata sześćdziesiąte. Wschodniopruska opozycyjność mająca podstawę w przynależności do elity społecznej stanowiła czynnik utrudniający kształtowanie się nowoczesnego programu politycznego i społecznego i pozwalała na postawienie pytania o znaczenie tego faktu dla powstania swoistej anty-elity wobec konserwatywnej władzy.